



Stimmen gegen Armut. Stimmen gegen die „Zwei-Dritteldemokratie“

Soziale Ungleichheit schließt aus
Ökonomische Ungleichheit behindert Mitbestimmung

Soziale Ungleichheit beschädigt Ansehen der Demokratie.
Soziale Schere bringt Misstrauen in die Demokratie.

Abbildung: Je ungleicher das Land, desto weniger Vertrauen und Demokratiezufriedenheit

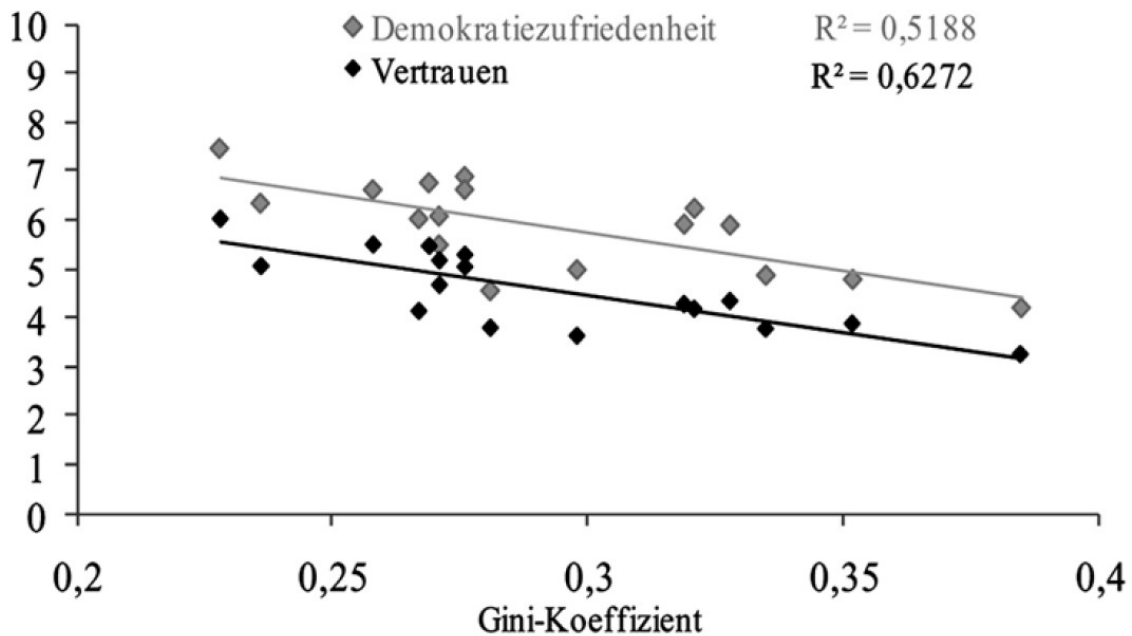


Abb. 5: Ungleichheit, Demokratiezufriedenheit und Vertrauen (*Datengrundlage:* European Social Survey). Dargestellt werden das durchschnittliche Vertrauen in Politiker und Parlamente sowie die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit bezogen auf die soziale Ungleichheit eines Landes



Ausflug ans Meer

Einmal wurde im Herbst die jährliche Unterstützung um 100 Euro erhöht, mit der jede Familie Schulsachen für die Kinder kaufen kann. „Wir fahren ans Meer“, hat Vater gerufen. Seine Freude war so groß, dass er zur Feier mit der ganzen Familie an die See gefahren ist. Der Schriftsteller Edouard Louis erzählt aus seiner Kindheit aus den 90er und 2000 Jahren in Frankreich. Sein Vater ist Arbeiter mit kleinem Einkommen, die Familie kommt gerade so durch. „Bei denen, die alles haben, habe ich nie gesehen, dass eine Familie ans Meer fährt, um eine politische Entscheidung zu feiern“, schreibt Louis. „Die Herrschenden mögen sich über eine Linksregierung beklagen, sie mögen sich über eine Rechtsregierung beklagen, aber keine Regierung bereitet ihnen jemals Verdauungsprobleme, keine Regierung ruiniert ihnen jemals den Rücken, keine Regierung treibt sie jemals dazu, ans Meer zuzufahren“. Louis resumiert: „Für die Herrschenden ist die Politik weitgehend eine ästhetische Frage: eine Art, sich zu denken, sich zu erschaffen, eine Weltsicht. Für uns ist sie eine Frage von Leben und Tod.“

Der Vater ist mittlerweile nach einem harten Arbeitsleben in der Fabrik und Phasen der Arbeitslosigkeit schwer krank. Die Kürzung der Sozialhilfe, weniger Hilfen bei Medikamenten oder Beschimpfungen von Armutsbetroffenen ruinierten seinen Alltag noch mehr.

Je ärmer desto früher wird gestorben. In Österreich liegen zehn Jahre Lebenserwartung zwischen arm und reich. Soziale Ungleichheit geht unter die Haut. Politik ist eben eine Frage von Leben und Tod. Aber wer bestimmt darüber? Das ärmste Drittel der Bevölkerung geht zu 41% bei Wahlen in Österreich nicht hin, beim reichsten Drittel sind es nur 17%. Das heißt: nur die Hälfte des ärmsten Drittels geht wählen, aber 80% des reichsten. Beim untersten Drittel kommen noch alle dazu, die gar nicht wählen dürfen, hier aber ihren Lebensmittelpunkt haben, geboren sind, hier arbeiten. Die meisten befinden sich auch da im untersten Drittel der Bevölkerung, beschäftigt am Bau, in der Reinigung oder im Handel. Im Parlament sind also die Interessen des oberen und mittleren Drittels vertreten, die des untersten Drittels nicht. Die Gesetze werden deshalb auch für das oberste und bestenfalls für das mittlere Drittel gemacht, das untere Drittel wird übersehen. Dabei geht es für dieses um Leben und Tod.

Wer hat am wenigsten Vertrauen in die Demokratie? Die Menschen im ärmsten Drittel vertrauen am wenigsten, sagt uns der aktuelle Demokratie Monitor. Die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel hat den Eindruck, ihre Stimme zählt nicht. Kein Wunder. Ein Teufelskreis. Wir haben eine tiefe soziale Kluft in der Demokratie.

„Du warst verrückt vor Freude“ erinnert sich Edouard an seinen Vater. Wir fuhren ans Meer. „Der ganze Tag war ein reines Fest für uns“



Politik gegen das unterste Drittel der Bevölkerung.

Ökonomisch schwächstes Drittel wird übersehen.

- **Abschaffung Mindestsicherung.** Kürzungen und giftige Regelungen für Menschen mit Behinderungen, pflegende Angehörige, Kinder, Familien, Wohnungslose. Das neue Gesetz wird bestehende Armutslagen verschärfen, degradiert Betroffene erneut zu „Bittstellern“ und eröffnet neue Hürden und Unsicherheiten, mit denen Menschen in schwierigen Lebenssituationen konfrontiert werden.
- **Fehlende leistbare therapeutische Angebote im Gesundheitsbereich.** So fehlen zehntausende Therapieplätze für Kinder.
- Familienbonus: die **ärmsten 166.000 Kinder haben nichts davon.**
- Arbeitsmarktpolitik für ältere Langzeitarbeitslose immer unsicher: Beispiel **Aktion 20.000** oder **angedrohte Abschaffung der Notstandshilfe.**
- **Prekarität, Working Poor.** Verschwiegenes Thema hinter der Mindestsicherung. 57% der Familien mit Kindern in Beschäftigung.
- **Frühe Bildungsentscheidung,** in der dritten Klasse mit Tests. Die frühe Bildungsentscheidung mit 10 Jahren ist eine der Gründe für die Vererbung von Armut in Österreich. Das jetzt noch zu verschärfen ist schlecht für soziale Mobilität.

Oder: Das Sitzenbleiben ist nicht für jede soziale Gruppe gleichbedeutend. Es betrifft viel stärker Buben als Mädchen und es wirft vor allem Kinder aus Haushalten mit geringerem sozialen Status aus der Bahn.
- **Leistbares Wohnen:** in Städten riesiges Problem. Nicht nur – aber besonders für kleinere Einkommen.

Mehr Demokratie wagen: Verwaltungs- und Demokratiepaket für alle

Bei Verwaltungsreform und Demokratiepaket dürfen diejenigen nicht vergessen werden, die eine gute Verwaltung und gleichen Zugang zum Recht - egal ob arm oder reich- am meisten brauchen. Ein bürgerfreundliches und grundrechtsorientiertes unteres soziales Netz verbessert den Schutz vor Armut. Barrieren auf den Ämtern aber verlängern die Notsituation. Gerade bei AMS oder Sozialamt sind verbesserte Rechtsschutzangebote dringend erforderlich. **Sozialanwaltschaften** analog zu den Patientenanwaltschaften können zum Beispiel Interessen- und Rechtsschutz für Betroffene sein. Modelle von **Arbeitslosenanzwaltschaften** wurden bereits in Oberösterreich und Wien ausgearbeitet. Zeit wäre jetzt, sie auch umzusetzen.

Besonders auf den Sozialämtern wird in zahlreichen Studien ein willkürlicher und bürgerunfreundlicher Vollzug festgestellt. In anderen Feldern des Wohlfahrtsstaates haben sich Beschwerde- bzw. Kontrollstrukturen etabliert: zum Beispiel im Gesundheitssektor die Patientenanzwaltschaft oder bei Heimen die Bewohnervertretung oder für geschlossene



Einrichtungen die Kommissionen der Volksanwaltschaft. Am Arbeitsamt und am Sozialamt aber gibt es bis jetzt keine unabhängigen Kontrollinstanzen für Betroffene. Eine Möglichkeit wäre hier gegenüber dem AMS eine Arbeitslosenanzwaltschaft einzusetzen, die die Rechte von Erwerbslosen wahrt und Missständen nachgeht. Was es jedenfalls braucht, sind unabhängige Stellen, die über eine beratende Funktion hinaus den Charakter von "Rechtsdurchsetzungsagenturen" haben. Sie müssen der Ort sein, wo sich potentiell Anspruchsberechtigte vor einer Antragstellung über ihre Rechte informieren können, und wo sie später auch die Rechtmäßigkeit ihres Bescheids überprüfen lassen können. Diese Beratungs- und Rechtsdurchsetzungsagenturen müssen mit der Kompetenz ausgestattet sein, im Auftrag ihrer Klienten gegen Bescheide zu berufen.

Je ärmer jemand ist, desto seltener beteiligt er sich an Wahlen. In Bezug auf politische Mitbestimmung und Wahlen haben wir sehr eindeutige Ergebnisse. **Vor 15 Jahren war der Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung der oberen 10% und der unteren 10% zwischen 85 und 95%. Heute wählen die oberen 10% immer noch zu 90%, die unteren 10% sind auf unter 50% zurückgefallen** (Hartmann 2013) Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Die Studie „Prekäre Wahlen“ der Bertelsmann-Stiftung (Schäfer et al 2013) untersuchte die sozial gesplante Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2013. Dort heißt es: "Je prekärer die soziale Situation, d.h. je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial prekären Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der formale Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung." Die oberen zwei Drittel der Gesellschaft haben erheblich größeren Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments genommen als das untere Drittel.

Große Herausforderungen finden sich bei **Mitbestimmung und Partizipation Armutsbetroffener**. Für eine bessere Bürgerbeteiligung müssen mit neuen Partizipationsprojekten besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen eingebunden werden. Da braucht es Instrumente und Verfahren, um diese Expertise auch in die politischen Entscheidungsstrukturen einfließen zu lassen: im Verwaltungsrat des AMS oder in Beratungsgremien für Minister oder in Strategieforen der Gesundheitsbehörden oder in Programmen der Gemeinden. Sie können Einblicke und Lösungen erbringen, an die vorher nicht gedacht wurde. Sie beteiligen Bürgerinnen und Bürger aller Schichten, Einkommen und Herkunft an entscheidenden Fragen des Gemeinwesens. Nach diesem Vorbild können auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen: Menschen mit Behinderungen, Armutsbetroffene, Erwerbslose, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Die Unterstützung von Selbstorganisation und der Bildung von Selbsthilfegruppen ist hier aber zentrale Voraussetzung für Partizipation und Mitbestimmung. Daran mangelt es in Österreich hinten und vorne.

Initiativen der Armutskonferenz

Sichtbar Werden / „Parlament der Ausgegrenzten“ / partizipative Gesundheitsstudie / Tu was gegen Beschämung / Journalismuspreis „von unten“ / Hunger auf Kunst und Kultur, Kulturtransfair / öffentliche Aktionen / Theater InterACT



Was die Armutskonferenz jetzt von Regierung und Parlament fordert

- **Unterausschuss „Armutsbekämpfung“ im Parlament einsetzen**
Stimmen gegen Armut hör- und sichtbar machen. Ergebnisse der 12. Armutskonferenz behandeln.
- **Budgetierung und Umsetzungsplan**
In Budgetverhandlungen Armutsbekämpfung abbilden. Gegen „Zwei-Dritteldemokratie“.

- Sensibilisierungsstrategie im Umgang mit Minderheiten und Menschen am Rand
- Frühe Hilfen österreichweit ausbauen und finanzieren
- Therapien voll übernehmen
- Ferienbetreuung
- Unterhalt mit Familienbeihilfe verlängern
- Kinder und Jugendhilfe länger als bis 18 Jahren
- Niederschwellige Familienberatungsangebote ausbauen
- Soziale Grundrechte stärken und in die Verfassung
- Präventive Entlastung für young carers

10 Maßnahmen: in Zusammenhängen denken

Die Armutskonferenz zeigt auf, was gegen Armut wirkt. Unterhaltsrecht, echter Chancenindex, Kindergesundheit, Jugendhilfe, neue Mindestsicherung, sozialer Wohnbau.

Für die Reduzierung der Armut braucht es einen ganzheitlichen Zugang, einen integrierten Ansatz, die Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken. Beispielsweise vermeidet „Arbeit schaffen“ allein Armut nicht, sonst dürfte es keine working poor in Österreich geben. Eine Familie muss von ihrer Arbeit auch leben können. Anti-Raucherkampagnen allein vermeiden das hohe Erkrankungsrisiko Ärmere offensichtlich nicht, sonst würden arme Raucher nicht früher sterben als reiche Raucher. Es gibt also immer mehrere Faktoren, die wir beachten müssen.

Armut in den reichen Ländern ist mit sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft insgesamt verwoben. Eine sozial polarisierte Gesellschaft hat in der Regel auch höhere Armutsraten mit allen Folgewirkungen in den Feldern Gesundheit, Bildung, Arbeit und Demokratie. Es sind nicht nur die Belastungen sozial ungleich verteilt, sondern auch die Ressourcen, diese zu bewältigen. Anerkennung müsste eigentlich unbegrenzt vorhanden sein. Ist sie aber nicht. Sie wird wie Geld zu einem knappen Gut, das sich nach dem sozialen Status und der sozialen Hierarchie in einer



Gesellschaft verteilt. Armutsbetroffene finden sich überproportional öfter in Situationen wieder, in denen weniger Anerkennung, weniger social support und weniger Selbstwirksamkeit erfahren werden - dafür wesentlich mehr Beschämung, mehr Isolation und Ohnmacht.

Die Armutskonferenz schlägt zehn Maßnahmen vor, die Armut bekämpfen und vermeiden

1. Reform des Unterhaltsrechts

Gibt hier immense Lücken, die für Armut verantwortlich sind

2. Jugendhilfe bis zum 24. Lebensjahr

Betroffene Jugendliche brauchen Hilfe und Unterstützung über das 18. Lebensjahr hinaus

3. Chancenindex und Schulentwicklung

Unterstützung mit empirisch erhobenem Chancenindex kombiniert mit Schulentwicklung

4. In sozialen Wohnbau investieren

Wohnen ist für viele nicht mehr leistbar und ein hohes Armutsrisiko geworden

5. Soziale Grundrechte in der Verfassung verankern

Grundrechtsschutz stärken: Rechte statt Almosen

6. Neue Mindestsicherung, die Existenz, Chancen und Teilhabe sichert

Die Sozialhilfe erhöht die sozialen Probleme statt sie zu vermeiden.

7. Gesetz für soziale Absicherung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen

Das Sozialhilfegesetz lässt psychisch Kranke außer Acht

8. Kindergesundheit: Schließen der Therapie Lücke

Zehntausende Kinder erhalten nicht die für sie notwendigen Therapien

9. Erhöhung des Existenzminimums bei Pfändung und Privatkonkurs

Hohe Armutsgefährdung betroffener Personen

10. Beschämung vermeiden, Menschenwürde achten

Armutsbetroffene werden oft als "sozial schwach" bezeichnet. Das ist eine Beleidigung. Sozial schwach sind diejenigen, die den Armen aus der Armut helfen könnten, es aber nicht tun.

Mangel an Möglichkeiten

Insgesamt setzt Armutsbekämpfung auf einen modernen Sozialstaat, der Benachteiligte nicht bevormundet, sondern ihre Freiheitsmöglichkeiten und Wahlchancen vergrößert. Denn: Armut heißt nicht nur ein zu geringes Einkommen zu haben, sondern bedeutet einen Mangel an Möglichkeiten, um in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Wohnen, Gesundheit, Sozialkontakte oder Arbeitsmarkt zumindest in einem Mindestmaß teilhaben zu können.